Pressemitteilung der FDP Burgdorf-Uetze zum Haushaltsentwurf 2016 der Stadt Burgdorf

Burgdorf, 09. Dezember 2015

"Keine Zustimmung zum Haushaltsentwurf 2016 der Stadt Burgdorf"

Die FDP Burgdorf-Uetze fordert

- 1. eine maßvolle Geldpolitik
- 2. einen sparsamere Haushaltsführung sowie
- 3. eine wirkliche Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung.

Begründung:

Wie in den vergangenen Jahren legt der Bürgermeister unter Beteiligung der ihm zuarbeitenden Verwaltung auch in diesem Jahr dem Rat der Stadt Burgdorf einen unausgeglichenen Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vor. Der Entwurf weist eine Deckungslücke von rund 4,1 Mio. Euro im Jahresergebnis aus.

Diese Deckungslücke ergibt sich nur in Teilen durch die seit 2013 bis 2016 um rund 3 Mio. Euro gestiegenen Ausgaben im Personalmehrbedarf im Kita- und Sozial-Bereich. Zinsen und Tilgung für die Kredite der Stadt Burgdorf belasten schon heute den Haushalt mit rund 1,5 Mio. Euro und die Neuverschuldung ist mit rund 14. Mio. Euro eingeplant.

Aus der Erfahrung der letzten Jahre muss davon ausgegangen werden, dass der Haushaltsentwurf unvollständig ist. Sehr wahrscheinlich enthält der Haushaltsentwurf die vielen politischen Wünsche der Mehrheitsgruppe z.B. aus dem Schulinvestitions- und Bildungsbereich nicht, da es gerade hier - ggf. auch bewusst - an einem Masterplan für die Burgdorfer Schullandschaft mangelt und somit die Erkenntnisse und die damit einhergehenden Kostenexplosionen, wie z.B. bei der IGS, immer nur nachgeschoben werden können und nicht transparent geplant werden.

Die gesamten städtischen Schulden liegen nach derzeitiger Erkenntnis Ende 2016 bei knapp 50 Mio. Euro, womit sich eine pro-Kopf Verschuldung von 1.650,00 Euro ergibt.

Vor diesem Hintergrund lehnt die FDP Burgdorf-Uetze den Haushaltsentwurf 2016 ab.

Wie kann es unter dieser Zahlenlast wieder zu einer Gesundung des Haushalts kommen? Was sind die Ideen der gewählten Mehrheitsgruppe?

Bisher fällt dem Bürgermeister und der Mehrheitsgruppe im Rat nur die weitere Belastung der Burgdorfer Bürgerinnen und Bürger durch Steuererhöhungen ein. Die Mehrheitsgruppe hat bereits angekündigt, die schon im letzten Jahr heraufgesetzte Grundsteuer in 2017 abermals anzuheben.

Es ist zwingend eine wirkliche Haushaltskonsolidierung erforderlich.

Für Rückfragen steht Ihnen gerne FDP-Ratsherr Karl-Ludwig Schrader unter der Rufnummer 05136/1549 bzw. per Mail über karl-ludwig.schrader@online.de zur Verfügung.